

Mitschrift der Rede

von

Dr. Peter Gauweiler

MdB

Staatsminister a. D.

Tag des deutschen Familienunternehmens 2010

**„Die Zukunft unserer demokratischen Systeme:
Was muss Deutschland tun?“**

Berlin, am 12. Juni 2010

Grüß Gott meine sehr verehrten Damen und Herren,
Herr Professor Hennerkes,
Herr Huber,
verehrte Gäste,

bei uns beiden, lieber Herr Huber*, müssen die Familienunternehmer nicht wie gestern – als die Parteichefs da waren – still wie in einer Kirche sitzen. Da haben wir beide, Herr Huber, ein demokratisches Privileg gegenüber den gestrigen Besuchen von Frau Merkel und Herrn Gabriel. Ich fand deshalb besonders gut die Diskussion, die wir gerade eben gehört haben. Sigmund Freud sagt: „*Aussprechen heilt*“. Und am besten fand ich die erste Frage zum Thema „*reich und arm*“. Das ist das große Generalthema, nicht nur eines Landes, sondern der ganzen Welt. Aus dem Blickwinkel des Pakistani ist ein Landsmann, der in Deutschland 1.500,00 Euro verdient, reich und er wird nie glauben, dass, selbst wenn einer Sozialhilfe erhält, ihm der deutsche Staat sogar noch den Anwalt zahlt, damit er gegen den Staat klagen kann. Die Verhältnisse arm und reich sind auf diesem Planeten total verschoben. Jedenfalls in der Relation. Wir wissen es. Deutschland ist reich. Was wir gemeinsam wollen, Sie, Herr Huber, genauso wie wir, ist, diesen Reichtum unseres Landes zu verteidigen. Und die Anstrengungen, die vor uns stehen, betreffen das Thema, wie dies am besten gehen kann. Wir sollten dieses Miteinander-Reden fortsetzen. Vielleicht können Sie beim nächsten Gewerkschaftstag der IG Metall so ein kleines Forum im Nebenzimmer für die deutschen Familienunternehmer anbieten, wo die Familienunternehmer alle mal den Gewerkschaftern selber sagen können, was ihnen nicht passt. In Bayern heißt es, durch das Reden kommen die Leute zusammen. Der Herr Huber, immerhin der Chef der größten Gewerkschaft der Welt, der fiel mir schon einmal auf und ich wollte ihn immer mal im Original hören, als er bei seinen Leuten auf Unverständnis stieß, weil er den Vorschlag machte, ob man nicht mal bei einer großen Demonstration, wo es um die Not von Entlassungen ging, nicht mit der Trillerpfeife kommen sollte, sondern dass einer Cello spielt. Ich fand das klasse und viel wirksamer als Trillerpfeife. Meine sehr verehrten Damen und Herren, und wenn ich jetzt schon beim Loben bin, dann möchte ich, weil ich auch der Schlussredner dieser Tagung bin, ein herzliches Wort des Dankes sagen der Familienstiftung und

* Dr. Gauweiler spricht hier den Vorredner und ebenfalls anwesenden Herrn Berthold Huber, Vorsitzender der IG Metall, an, der zuvor mit dem Publikum diskutiert hatte

Ihnen, lieber Herr Hennerkes, und Ihnen, lieber Herr Heidebreder. Ich finde das großartig, was wir in den letzten drei Tagen erlebt haben und ich kann mir gut vorstellen, welche Mühe dahinter steckt. Diese Breite des Programms: Wann hat es denn so etwas gegeben, Finanzministerium, Bundeskanzlerin, der oberste Chef der Opposition, am Abend der frühere Vizekanzler und Außenminister Steinmeier und heute wir zwei, Huber und Gauweiler.

Ich soll etwas sagen über die Zukunft unserer demokratischen Systeme und was muss Deutschland tun. Wir haben ja bei allen, auch bei den kontroversen Beiträgen, gemerkt, dass ja über allem ein kleiner, selbst in dem wunderbaren Adlon spürbarer Ton in Moll lag. Sotto depressivo. Was haben wir nur getan, und alles schaut sehr schlecht aus. Die Politiker, die bei Ihrer Tagung waren, sagten, behandelt uns nicht so hässlich, seid nicht so gemein zu uns. Die politische gesellschaftliche Debatte hat ja so einen Grundton in Deutschland, als ob alle zu viel Betablocker genommen hätten. Ich denke, dass eine Diskussion wie die unsere, über die Frage „*was Deutschland tun muss*“, dagegen wie so eine Hallo-wach-Tablette wirken sollte. Sind wir wirklich am Ende? Ich hatte gestern Abend, bei dem schönen Festabend, ein wunderbares Tischgespräch. Da waren neben mir zwei unternehmerische Damen, die Frau Glindemann aus Schleswig-Holstein und die Frau Helbing aus der Nähe von Erfurt. Wir haben über alles Mögliche gesprochen, über Kiesgruben, über Fensterrahmen, aber auf einmal gab es einen Moment des Innehaltens: Wir hatten ein rhetorisches Spiel gemacht: Was wäre, wenn wir drei uns durch irgendwelche Zufälle schon vor 22 Jahren getroffen hätten. Und wir hätten uns damals zu prophezeien versucht, wie unser Leben in den nächsten zwanzig Jahren verläuft und wie wir uns danach wiederfinden. Alles wäre uns eingefallen, aber dass wir uns zum Dinner im Jahre 2010 einhundert Meter östlich der Mauer finden würden, in Ostberlin, im wiederaufgebauten Adlon, am Pariser Platz, gegenüber der hoch modernen Französischen Botschaft, und dass wir bei diesem schönen Abendessen dann darüber reden könnten, dass die Stadtsanierungen in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile besser dastehen und deren Ortsbilder besser gepflegt sind als, sagen wir einmal, in bestimmten Bereichen zwischen Augsburg und dem Donauries. Wenn uns einer damals gesagt hätte, dass es ein reales Problem im Jahr 2010 sein wird, die Marktwirtschaft in Moskau richtig aufzubauen, wenn dann

einer gesagt hätte, heute Abend spricht bei den Familienunternehmern ein früherer Außenminister, der heute Bundestagsabgeordneter von Brandenburg ist, und drei Stunden vor ihm hat eine ehemals junge Physikerin gesprochen aus dem Komitee für Wissenschaft der DDR, die jetzt die Nachfolgerin von Helmut Kohl als Bundeskanzlerin ist, dann hätten wir damals gesagt, Ihr spinnst doch alle. Ja, es ist Wahnsinn, was wir erlebt haben. Wahnsinn von der besten, positivsten Sorte. Und ich denke mir manchmal, dass wir trotzdem heute so lustlos in Deutschland rumhängen hat etwas zu tun mit einem Phänomen, das der Wissenschaft von der Psychologie wohl bekannt ist und genannt wird: „*Erfolgsdepression*“. Sie haben das bestimmt in Ihrem Leben alle selbst oder schon einmal irgendwo bei Freunden erlebt. Man arbeitet auf irgendetwas hin, nicht Wochen und Monate, sondern Jahre, erleidet fürchterliche Rückschläge, denkt, ich schaffe es nie. Und dann schaffen Sie es trotzdem, was keiner gedacht hat, und Sie haben alles erreicht, inklusive einer Suite im Adlon. Und plötzlich laufen Sie ziellos durch die Straßen und sind innerlich völlig leer; weil Sie alles erreicht haben – „*so jetzt kann ich mich eigentlich erschießen, ich bin tieftraurig*“. Die Erfolgsdepression! Aber die Psychiatrie weiß einen Ausweg. Sie befreit aus so einem Kopfgefängnis mit folgendem Tipp: Ihr müsst Euch überlegen, wie Ihr auf diesen Gipfel gelangt seid. Welche Leistung nicht nur Euere Umgebung, sondern Ihr selber vollbracht habt, völlig egal, wie Ihr soziologisch einzustufen seid; seid Euch bewusst, Ihr habt etwas Riesiges, Positives hinter Euch. Es war ein großer Stress, aber es war ein guter Stress bis zum Gipfel, den Ihr geschafft habt. Also: Wir können diese Erfolgsdepression überwinden, indem wir aus unseren alten Erfolgen lernen, was für unglaubliche Dinge wir leisten können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss die Politik tun und das muss die Ökonomie und die Wirtschaft in Deutschland tun. Ja, es ist klar, wenn uns damals noch einer gesagt hätte, bei den Familienunternehmern wird im Jahr 2010 auch noch der Chef der IG Metall anwesend sein und reden, von den Grünen wird keiner dabei sein, aber der Joschka Fischer ist schon Berater von BMW, dann hätten wir gesagt, jetzt wird die Sache wirklich extrem überraschend.

Ich habe mit großem Interesse Ihre Debatte von soeben hier im Saal mit Berthold Huber über die Mitbestimmung verfolgt und über VW. Da lernen wir zwei Dinge daraus. Einer Eurer großen Vorzüge bei den IG Metallern und der ganzen VW-

Veranstaltung ist ja, dass Ihr dabei als offenen Bundesgenossen einen großartigen Familienpatriarchen hattet, einen der sich als Unternehmer wirklich durchgesetzt hat. So konnte auch die IG Metall den Nutzen von starken Unternehmerpersönlichkeiten sehen und daran teilhaben. Was war denn der Streit vor 35 Jahren bei der Mitbestimmungsdebatte? In Wahrheit haben doch damals die Gewerkschaften voll auf die Manager und nicht auf die Familienunternehmer gesetzt. Bei der ganzen Debatte um „Arbeitgeberbank“ und „Arbeitnehmerbank“. Weil sie wussten, dass der Manager nicht die Hand so auf der Tasche hat wie der Unternehmer. Weil der eben rechnen muss, wie man eben mit eigenem Geld rechnet. Während die Manager – auf neudeutsch – „*other peoples money*“ verwalten. Aber deutsche Manager, in Nord und Süd und West, die gibt es ja nicht mehr so richtig – viele von ihnen fühlen sich, wie Herr Middelhoff voller Stolz sagte, „*als Amerikaner mit deutschem Pass*“. Die Manager- und Kapitalgesellschaften sitzen verstärkt in New York und wo sonst auch immer. Auch die, die über Kapitalgesellschaften in Deutschland bestimmen. Und heute weiß der Gewerkschaftler, der für Arbeitsplätze in Deutschland eintritt, wenn er seine Sache zu Ende denkt, dass sein natürlicher Bundesgenosse eigentlich diejenigen Menschen sein müssen, die mit eigenem Geld Arbeitsplätze hier in Deutschland erhalten. Das ist der eine Teil der Wahrheit und auf der anderen Seite weiß heute der mittelständische Unternehmer, der Unternehmer, der mit eigenem Geld arbeitet, dass die globalisierten Investment-Manager, wie wir sie aus jenem amerikanischen Film, für den Michael Douglas den Oscar bekommen hat, kennen und der „*Wall Street*“ heißt – erinnern Sie sich an Mister Gekko? –, alles andere im Kopf haben als das Wohl und Wehe des deutschen Unternehmertums, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das gehört zur ganzen Wahrheit dazu. Und wer es nicht glaubt, der kann das Investmentbanking mit seinen Unternehmen ausprobieren, da gibt es ein paar berühmte Kolleginnen und Kollegen von Ihnen, die haben das nicht geglaubt. Ich habe übrigens auch bemerkt, dass Sie, Herr Huber, in Ihrer Rede offen gesagt haben, dass der Sozialismus mit der ganzen Enteignungsnummer diskreditiert ist. Zumindest der des 20. Jahrhunderts. Das hätte vor 20 Jahren ein IG Metall-Vorsitzender bei den Familienunternehmern auch nicht gesagt. Also, was tun?

Reden wir von Politik. Ist das ein Gegensatz: Politik und Wirtschaft? Sie sind ja für drei Tage nach Berlin zum deutschen Familienunternehmertag gekommen, um ein

bisschen Politikbetrachtung durchzuführen. Das hat immer auch etwas Zoologisches – ein Fremdeitsblick von außen. Politiker in der Hauptstadt anschauen und dann fahren wir wieder heim. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist denn bitte „Politik“? Politik ist Problemlösen. Das was uns den Weg ins Freie zeigt. Wenn Sie am kommenden Montag wieder an Ihrem Schreibtisch sitzen und sagen, so jetzt, das war sehr schön in Berlin, aber nun will ich wieder selbstständig handeln – hurra, ich bin kein Politiker, ich bin ein Unternehmer, ich bin kein Unterlasser, kein Zuschauer – ich mache. Ich gestalte. Am Anfang war nicht das Wort, sondern am Anfang war die Tat – dann sollten Sie daran denken: Politik ist Problemlösen, Ist Richtungsbestimmung. Also doch genau das, was Sie kommenden Montag in Ihrem Unternehmen wieder machen. Wenn Sie Antwort geben auf die Frage: Chef, was sollen wir tun? Sie laufen nicht ihren Leuten hinterher und veranstalten eine Meinungsumfrage, sondern Sie sagen, wo die Richtung hingeht. Das ist Politik. Wenn sie gut ist. Nicht hinterherlaufen und zu fragen: Wo ist das Volk, ich bin doch sein Führer. Was ich Ihnen sagen will, meine Damen und Herren, Sie sind politisch. „Politisch“-Handeln ist kein fremdes System, es ist Ihr System und Sie sind nicht Objekte, Sie sind Akteure. Ich habe Ihnen etwas von der Grundtheorie des Politischen mitgebracht. Kennen Sie Max Weber? Seinen großen Vortrag über Politik als Beruf? 1919 im Kriegswinter in München in der Universität. Ich darf Ihnen daraus vorlesen, dann hören Sie sich selbst. Max Weber sagt, *„dass das Politische ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß ist“*. Ist das etwas anderes, als was Sie tun? *„Es ist ja durchaus richtig und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche nicht erreicht, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre. Aber der, der das tun kann, muss ein Führer und nicht nur das, sondern auch in seinem schlichten Wortsinn ein Held sein. Und auch die, welche beides nicht sind, müssen sich wappnen mit jener Festigkeit des Herzens, die auch dem Scheitern aller Hoffnungen gewachsen ist. Jetzt schon, sonst werden sie nicht imstande sein, auch nur durchzusetzen was heute möglich ist. Nur wer sicher ist, dass er daran nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, dass er all dem gegenüber: dennoch! zu sagen vermag, nur der hat den Beruf zur Politik.“* Was habe ich bei unseren Tischgesprächen gestern Abend immer wieder gehört: Ich habe auch schwere

Stunden in unserem Betrieb durchgestanden und ich habe es trotzdem gebracht. *„Die Festigkeit des Herzens.“* Und viele haben gedacht, es klappt nicht mehr. Und Sie haben es dennoch geschafft. Dazu imstande zu sein, das brauchen wir, wenn wir die Zukunft unserer demokratischen Systeme gestalten, unser Haus Deutschland, wenn wir über die Richtung entscheiden, was Deutschland tun muss. *„Politik“* heißt aber noch etwas außer schönen Worten. Politik ist Interessenvertretung. Der General de Gaulle sagte, als wieder einmal viel von Freundschaft die Rede war: *„Staaten haben überhaupt keine Freunde. Staaten haben Interessen.“* Interesse erkennen und wahren, das ist Euch Familienunternehmern auch nicht fremd. Und wenn gefragt wird, was ist denn unser Interesse, müssen wir unsere Interessen definieren. Wer vom Interesse seiner Gesellschaft nichts weiß, ist zum Unternehmensführer und ist zum Politiker völlig ungeeignet. Jedem dabei Recht zu geben, ist eine Unsitte. Das permanente Rechtgeben, allen und jedem, ist leider zu einem politischen Negativprinzip geworden, das wir überwinden müssen. Einer fordert etwas, ja, das ist sehr interessant, da haben Sie Recht. Dann sagt einer das genaue Gegenteil, ja, mmmh, danke, da haben Sie Recht. Dann sagt eine irritierte Zuschauerin, aber Sie können doch nicht beiden Recht geben! Dann folgt die Antwort: da haben Sie auch wieder Recht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss vorbeigehen. In Wahrheit ist es doch heute so, dass wegen dieser Mentalität die Unterschiede zwischen unseren Parteien nur noch auf dem Millimeterpapier erkennbar sind. Eine kontroverse richtungsbestimmende Debatte über das Interesse des Landes gibt es nicht. Was es gibt, ist der tägliche Ehekrieg zwischen den Parteien über Nichtigkeiten. Wie bei Richard Burton und Liz Taylor und *„Wer hat Angst vor Virginia Woolf?“*. Das ist nicht mehr zum Aushalten. Gott sei Dank gibt es bei der CSU so etwas nicht, deswegen kann ich so etwas ganz frei und ohne Problem hier ansprechen.

Zurück zur Frage: Was ist aktuell unser Interesse? Drei Thesen in Kürze: Erstens: Wir müssen unser finanzielles Ausbluten verhindern. Da sind wir im Moment in Gefahr. Wie nach einem großen Unfall. Und das Wichtigste bei einem Unfall ist, die Blutung stoppen. Und wenn es sein muss, mit dem Daumen die Wunde abdrücken. Zweitens: Mehr Klarheit. Wir müssen unsere nationalen Ziele klarer definieren. Und drittens: Bessere Stimmung. Weil wir keine Apparate sind und weil der Mensch auch

in Deutschland ein stimmungsbestimmtes Wesen ist – egal ob in der Familienstiftung oder in der IG Metall: Wir brauchen mehr frische Luft in Deutschland. Macht die Fenster auf. Ich möchte zu allem ein paar Punkte aussprechen, von denen ich denke, die wir einfach in Angriff nehmen müssen. In Sachen Ausbluten/Klarheit/frische Luft.

Da gab es zur Finanzkrise ein großes Sachverständigen-Hearing der „*Süddeutschen Zeitung*“ vor zwei Tagen mit dem Thema, wer alles noch gerettet werden muss. Das ganze Griechenland sowieso und Italien und Spanien und dann Portugal und einer der Experten hat gesagt: *„Ja, das ist überhaupt kein Problem, wir können alle retten. Außer Frankreich und Deutschland.“* Die Frage blieb unbeantwortet: *„Wer rettet die Retter.“* Wenn wir so beschäftigt sind mit dem Retten, einen nach dem anderen, wäre es vielleicht ganz gut, wenn wir auch mal an die eigene Rettung denken würden. Wer die ganze Welt umarmen will und die eigenen Leute vergisst, der handelt unsozial und anti-gesellschaftlich, selbst wenn er das Gegenteil behauptet. Ich habe gestern, als Frau Merkel da war und sie uns wie eine Nachtigall ihr Programm vorgesungen hat, mit meinem Platznachbarn, mit dem Familienunternehmer Tessner, leise geflüstert: *„Herr Tessner, was soll Deutschland in Sachen Euro und Staatsverschuldung tun?“* *„Die Frage ist“* – flüsterte er zurück –, *„setzen wir erstens auf Wachstum oder zweitens auf Steuererhöhung oder drittens auf das Sparen oder viertens auf Staatsbankrott? Fällt Ihnen noch etwas ein, Herr Gauweiler?“* Staatsbankrott, Sparen, Steuererhöhung, Wachstum. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind die Alternativen. Mir fällt auch nicht mehr ein. Also sagen die einen, jetzt wird richtig gespart. Andere sagen, nein, nein, Steuererhöhung. Ich sage Ihnen meine Gegenthese: Wir haben über 1,7 Billionen Schulden. Diese Staatsschulden kriegen Sie weder durch das Rezept *„Sparen“* noch durch das Rezept *„Steuererhöhung“* in den Griff. Zur Steuererhöhung: Wir kriegen die Billionenschulden nicht in den Griff, tschuldigung, Herr Huber, durch noch mehr Substanzsteuern, Vermögensteuern und Erbschaftsteuern und was einem sonst noch einfällt – früher hat man über jährlich vier Milliarden Erbschaftsteuer geredet, das erschien uns gigantisch und ist heute ein Betrag, den hat der Herr Trichet von der Europäischen Zentralbank in einem halben Tag an Stützungsmaßnahmen für den Euro ausgegeben. Sie können durch Steuererhöhung, selbst wenn Sie für alle

die Steuern auf 100 % erhöhen, diese Schuldenlast nicht bewältigen. Und auf der anderen Seite aber auch ganz offen, zum Rezept Sparen und Sozialeinschnitte – selbst wenn Sie alle Sozialabgaben streichen, alles radikal und wie der Sheriff von Nottingham die Hartz IV-Empfänger abweisen und sagen, holt Euch Euer Wild im Wald; Sie bekommen nur von der Einsparung her Stagnation und Schulden nicht weg. Also bleiben Staatsbankrott oder Wachstum? Wenn wir uns früher getroffen haben, Unternehmer und Gewerkschafter, hat der eine Milton Friedman und Herrn Hayek hochgehalten und der andere John Maynard Keynes. Der Keynes war übrigens britischer Delegierter 1919 bei den Verhandlungen in Versailles und er ist zurückgetreten aus Protest gegen die Behandlung Deutschlands. Er hat ein aufschlussreiches Buch geschrieben über die Fehler des Versailler Vertrages. Ich muss heute daran denken, wo wir über die Entwicklung des Maastricht-Vertrages debattieren und was daraus geworden ist. Als Maastricht in Paris zur Abstimmung stand, schrieb der Figaro, die älteste Zeitung Frankreichs, um die Franzosen zu einem Ja zu bewegen: *„Maastricht ist wie Versailles ohne Krieg, die Deutschen müssen zahlen.“* Was ich sagen will: Die Entweder-oder-Debatte – Keynes oder Hayek – hilft heute nicht weiter. Wir werden durch Radikalsparen genauso wenig die Krise überwinden, wie durch Steuererhöhungen. Also „Wachstum“ oder „Staatsbankrott“? Einwand zum Thema „Wachstum“: *„Wo wollen Sie denn noch wachsen? Wir haben doch alles. Ja, damals, das war noch anders, beim großen Wiederaufbau in den 50er Jahren oder unmittelbar nach der Wende. Aber für Deutschland ist doch das Ende des Wachstums erreicht.“* Ist das wirklich wahr? Ist unser Wachstumsprogramm wirklich zu Ende? Ich versuche eine „historische“ Antwort: Wir hatten den Fehler gemacht, dass wir in der Deutschlandpolitik das Jahr 1871 (*„Bismarck gründet das Reich“*) zum geschichtlichen Maßstab für 1989 genommen haben. Dass 1989 in der Wirkung turmhoch größer war, hat eine der besten deutschsprachigen Zeitungen, die Neue Zürcher Zeitung, wie folgt auf den Punkt gebracht: „1871“ ist der falsche Bezugspunkt für „1989“. Diese Schweizer Stimme hat das Öffnen des Eisernen Vorhangs verglichen mit „1492“, dem Weltereignis der Entdeckung Amerikas. Vor unserer deutschen Tür ist seit 20 Jahren ein neues Amerika aufgetaucht. Mit allen riesigen Problemen, die das alte Amerika hatte. Aber eben auch mit Riesenchancen für Wachstum und menschlichen Fortschritt. Und Riesenchancen für uns. Für nachhaltige Prosperität über viele

Generationen. Wie oft war in den Gesprächen der letzten zweieinhalb Tage bei den Familienunternehmern die Rede: Ja, wir machen jetzt was in Weißrussland, in der Ukraine, wo sonst noch auch immer im ehemaligen Ostblock. Hallo, Politiker! Helft uns! Wir haben das neue Amerika vor der Haustür. Und etwas ganz besonderes, meine sehr verehrten Damen und Herren, von denen da drüben, jenseits der ehemaligen Grenze der Deutschen Demokratischen Republik zu Polen, die ja schon höchst beachtliche Wachstumszahlen haben, in Weißrussland, Belarus, der Ukraine, von denen da drüben hat keiner Angst, jetzt von den Deutschen überschwemmt zu werden. Im Gegenteil: Die haben Angst, dass die Deutschen nicht kommen! Und oft sind wir als Partner, aus welchen Gründen auch immer, mehr willkommen als die Amerikaner. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben dort jede Chance! Das alles ist in Europa! Europa ist mehr als die EU! Wenn wir früher geträumt haben von Europa, dann hatten wir im Ohr, was Adenauer und de Gaulle sagten, dass Europa vom Atlantik bis zum Ural reicht. Nur zur Erinnerung: Die Strecke von Moskau zum Ural ist so lang wie die Strecke von Warschau nach Moskau. Und es geht jetzt erst richtig los. Wir haben in den letzten Jahren erst die ersten Schritte getan. Ich habe dem Edmund Stoiber gesagt, wenn Du den Transrapid statt nach Erding von Berlin nach Moskau gefordert und gebaut hättest oder von München ans Schwarze Meer wärest Du noch im Amt. Dann hat der gesagt, spinnst Du jetzt völlig, das wären ja Kosten, die nirgends zu bewältigen sind. Und ich habe geantwortet, die Kosten, die das ausmacht, sind ungefähr ein Viertel vom Landesbank-Verlust in Bayern für irgendwelche wertlosen Derivate von den Cayman-Inseln. Die Lösung unseres Problems liegt im Wachstum der Realwirtschaft.

Ich will aber auch noch das Thema mit dem „*Staatsbankrott*“ ansprechen, das bei der Euro-Krisen-Debatte der Mittelmeerländer im Raum steht. Vornehmer ausgedrückt: Die Debatte um Staatsinsolvenzen. Staatsbankrotte sind, obwohl historisch bedeutender, leichter zu ertragen als wenn eine Firma pleite geht. Warum? Die Firma geht unter, der Staat bleibt. Das halten viele für eine Gemeinheit. Wie beim Vergleich Privatverdiener im Vergleich zum Beamten und seiner Lebenszeitversorgung. Letzterer kennt das Risiko der persönlichen Pleite nicht, weil sein Staat, der bleibt da. Also: Was hätte Griechenland tun müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren? Wenn die Griechen Sie, Herr Professor Hennerkes,

als Berater eingeschaltet hätten, dann hätten Sie bei der Gegenüberstellung von Minus und Plus vermutlich gesagt, der Tourismus ist Euer großer Wert, besser kann es doch nicht sein. Und Sie hätten die Griechen prüfen lassen, warum ging in den letzten fünf Jahren der Tourismus in dem schönen Griechenland immer runter in den Zahlen. Und warum ging der Tourismus im gleichen Zeitraum in der Türkei immer nach oben. Im gleichen Zeitraum! Obwohl gleicher Himmel, gleiches Meer, gleiche Strände und fast gleiches Essen. Und Professor Hennerkes hätte gesagt: Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Weil die Türkei eine dynamische Finanz- und Wirtschaftspolitik machte – im Gegensatz zu Griechenland – und machen kann. Und weil sie dies mit ihrer eigenen Währung, der türkischen Lira, machte. Weil sie abwerten konnte und ihre Angebote billiger wurden. Griechenland kann den Euro als Gemeinschaftswährung nicht abwerten, sondern nur als Kreditmotor einsetzen – als „starke Währung“ – und immer mehr teure Kredite machen. Euro, Teuro. Urlaub in Griechenland wurde so furchtbar teuer. Vergleichen Sie Ihre eigenen Erfahrungen oder die Erfahrungen Ihrer Mitarbeiter. Griechenland-Reisen konnten sich immer weniger leisten, Türkei immer mehr. Was tun? Die Griechen müssen, zumindest temporär, aus dem Euro ausscheiden. Zur Freiheit hat uns Christus befreit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Nicht zur Knechtschaft. Sie müssten ihre Drachmen wieder einführen. Und können ihre Drachmen abwerten. Damit sie billiger werden können, so wie es Russland 1998 getan hat. Wir hatten gedacht, als die rote Fahne über dem Kreml eingezogen wurde und eine Art widerauferstandene „Chicago-Boys“ von der Schule des Herrn Hayek aus Lateinamerika nach Moskau gerufen wurden und dann da waren, das wird jetzt alles wunderbar. Aber sie hatten nichts gebracht, danach gab es ja eine radikale Verarmung. Und die Menschen bis zum Ural hatten gesagt, was da von Euerem Kapitalismus gekommen ist – so haben wir uns das nicht vorgestellt! Die wirtschaftliche Wende zum Besseren kam erst 1998. Als die Russen die Koppelung an den Dollar gelöst und den Rubel abgewertet hatten. Wie sie mit Hilfe des IWF per „hair-cut“ einen Teil der Staatsschulden, das kann der IWF, dafür ist er gegründet worden, „gestrichen“ haben. Ich kenne einen, der hatte vorher von Deutschland aus russische Anleihen gekauft und fand das mit dem „hair-cut“ gar nicht toll. Spekulation ist nicht verwerflich. Aber wer spekuliert, muss auch den Verlust in Kauf nehmen, man streicht ja den Gewinn auch ein. Was aber heute nicht gehen sollte ist, die Spekulationsverluste Einzelner aus griechischen

Anleihen der Gesamtheit der deutschen Steuerzahler aufzuladen; das halte ich für unmöglich. Dass wir 23 Milliarden – überlegen Sie mal, wir hätten um diesen Betrag die Einkommensteuer gesenkt – als Bürgschaft für Griechenland bereitstellen, aber gleichzeitig im hiesigen Sparprogramm – über das man für sich genommen ja reden könnte und reden muss – Heizkosten für Arme in Deutschland streicht, das ist nicht darstellbar. Da brauche ich kein Gewerkschaftsführer zu sein, um zu wissen, da schauen wir nicht gut aus, meine Damen und Herren. „*Justitia non debet claudicare.*“ Gerechtigkeit darf nicht hinken, und sie muss im Sozialen einem Vergleich standhalten was wir ins Ausland geben und was für die eigenen Leute.

Gestern Abend beim Dinner Speaking sagte Herr Steinmeier, der Herr Gauweiler wird morgen das und jenes sagen, er wird insbesondere sagen, warum der EU-Rettungsschirm verfassungswidrig ist. Da hat er Recht. Die Griechenland-Hilfe war angeblich alternativlos. Alternativlos heißt ein neues Zauberwort in Berlin. Obwohl ja das Wesen der Demokratie das Recht zur Auswahl wäre, zum Pro und Kontra. Verschiedene Wege prüfen. Wenn Politik alternativlos ist, dann brauchen wir keine Demokratie mehr, dann wird ein riesiger Kazike für uns alle entscheiden. Und in der Beschlussvorlage des Deutschen Bundestages zu Griechenland stand, dieses Hilfsmaßnahme soll und muss einmalig bleiben. Die Kritik von Unsereinem an der Griechenland-Hilfe lautete dagegen, erstens kommt die Bürgschaft nicht den Griechen zugute, sondern bestimmten Investmentbanken, die damit ihre Kredit-Junkie-Politik verlängern, und zweitens ist es ungerecht und unhaltbar gegenüber allen anderen. Wieso müssen die Portugiesen und die Spanier weiter bis zu 8 % für ihre Staatsanleihen zahlen, wenn die Griechen dank deutscher Sonder-Bürgschaft 5 % zahlen müssen. Was Kritiker wie ich im Bundestag nicht wussten, war, dass das Regierungsversprechen vom Freitag dieser Krisenwoche, „*die Sache wiederholt sich nicht*“, nur zwei Tage halten würde. Bereits am folgenden Sonntagabend war schon beschlossen, die Bürgschaftssumme beträgt nicht mehr 23 Milliarden, sondern zusätzlich 147 Milliarden Euro. Wann sind es zwei oder drei Billionen? Wo doch zu lesen ist, dass der weltweite Markt allein für Kreditausfallversicherungen 25 Billionen Dollar beträgt. Erinnern wir uns an das Ende der D-Mark. Was war die Geschäftsgrundlage für die Abschaffung dieser unserer Währung? Dieser Währung, die doch auch ein Symbol war. Jeder Familienunternehmer weiß, was ein gutes

Symbol ausmacht. Deshalb verteidigt er seine Marke. Die D-Mark war unsere Marke. Für ein besseres Deutschland. „*Der Euro muss so stabil werden wie zuvor die D-Mark.*“ Und wie die Propaganda sonst noch lautete. Zuerst wurden gegen den Widerstand Frankreichs klare Kriterien ausgearbeitet. Unter der Federführung von Theo Waigel als damaligem Finanzminister. Sein Chefbeamter war der Leiter der Abteilung VII des Bundesfinanzministeriums und spätere beamtete Staatssekretär, ein gewisser Horst Köhler. ER formulierte die berühmten Stabilitätskriterien. Als erstes wurden Grenzen für die Verschuldung und für die Haushaltsdefizite der Mitgliedsstaaten festgelegt. Und die Aufnahme von weiteren Krediten sollte von der Einhaltung dieser Grenzen abhängig sein. Herr Köhler sagte damals, das ist die Geschäftsgrundlage des Euro. Der zweite Pfeiler sollte die Europäische Zentralbank sein, exakt nach dem Muster der Deutschen Bundesbank organisiert. Unabhängig und vorrangig auf Wahrung der Preisstabilität ausgerichtet. Auch das war die unbestrittene Ansage. Und eine weitere Ansage war, dass ausdrücklich verboten ist, dass die EU oder die Regierungen oder Körperschaften der Mitgliedsstaaten von der Europäischen Zentralbank Kredite erhalten. Die EU und die nationalen Regierungen und Körperschaften durften keinen bevorzugten Zugang zu Finanzinstituten erhalten. Der Maastricht-Vertrag verlangte, dass sich diese Körperschaften Kredite nur zu normalen Marktkonditionen verschaffen dürfen. Das war der zweite Punkt. Und der dritte Punkt im Vorschriftenkatalog der Stabilitätsunion war das Verbot des „*Bail-out*“: Ausdrücklich hat der Vertrag der EU, ihren Organen und den Mitgliedsstaaten verboten, in seinem Art. 125 Abs. 1, für die Schulden anderer Staaten einzustehen. Es sei denn, Naturkatastrophen treten auf. Noch einmal: Diese Verbote und Regelungen waren die Geschäftsgrundlage für die Stabilitätskonstruktion der neuen Währung. Ich bin dagegen, dass dies über Nacht und mit einem Federstrich und innerhalb einer Bundestagsberatung von zweieinhalb Stunden aus der Welt geschaffen werden kann.

Dagegen hieß es: Lieber Herr Gauweiler, das ist alles in Ordnung, was sie einwenden, aber wir befinden uns in einer Notsituation. Notsituation? Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind hier in Berlin, unweit des Brandenburger Tores, auf historischem Gelände. Mit einer Drehung von 360 Grad können wir ein hochdramatisches Jahrhundert besichtigen. Wie viele Fehlentscheidungen wurden

an diesem Platz mit „*Notsituationen*“ begründet? Wie war das mit dem Art. 47 der Weimarer Reichsverfassung? Mit den unseligen „*Notverordnungen*“ durch den Reichstagspräsidenten, mit denen sie bestehende Gesetze außer Kraft setzen konnten, ist der Teufel in die Regierung gekommen. Das war der Anfang vom Ende der Herrschaft des Rechts in Deutschland. Weil nämlich dann ein Politiker oder eine Gruppe von Politikern mit dem Hinweis auf „*die Notlage*“ alles Recht außer Kraft setzen konnte. Deshalb garantiert das Grundgesetz nicht nur den Rechtsstaat, sondern auch die Demokratie. Der Art. 38 unseres Grundgesetzes sagt, dass jeder von Ihnen an der Demokratie teilnehmen können soll. Dieses Recht garantiert das Wahlrecht. Und dieses Wahlrecht ist nichts wert, wenn man entweder alle Kompetenzen der zu wählenden Staatsmacht nach Brüssel abgibt oder wenn man – wie jetzt geschehen – die Hälfte des Staatshaushaltes, 147 Milliarden für den neuen sogenannten Rettungsschirm plus die 23 Milliarden Griechenlandhilfe, also 170 Milliarden Euro, verpfändet. Für Schulden anderer Staaten. Das ist die Summe der Jahreseinnahmen Deutschlands aus der gesamten Lohnsteuer und der gesamten Einkommensteuer. Wenn man diese Gesamteinnahmen innerhalb von vier Tagen nach Brüssel verpfändet, läuft das gegen die Demokratie in Deutschland. Das muss ich sagen und ich lasse mich lieber aus dem Bundestag herausragen, wenn ich das als Parlamentarier nicht mehr sagen darf. Und ich finde es, das muss ich auch sagen, eher erschreckend, dass zwar so viele Leute im Reichstagsgebäude zu mir kommen und sagen, Peter Gauweiler, ich habe Ihre Verfassungsbeschwerde gelesen, sehr gut! Aber sie unternehmen nichts. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu jedem politischen Wort zum Sonntag gehört doch, dass die Deutschen in der DDR oder im Dritten Reich mehr Widerstand hätten leisten müssen. Nur: Das sagt sich heute leicht; damals konnte man dafür ziemlich schnell hinter Schloss und Riegel kommen, wenn nicht Schlimmeres. Bei uns riskieren sie beim Widerspruch gegen die Mächtigen nur ein Stirnrunzeln von Parteifunktionären. Das ist weniger als nichts. Wenn man das nicht aushält, wäre es um die Demokratie in Deutschland schlecht bestellt, das sollten alle aushalten können, meine sehr verehrten Damen und Herren. Früher haben wir mit den Grünen rumgestritten über ihre ewige Forderung nach mehr Demokratisierung. Wir konnten es nicht mehr hören. Heute müssen wir, wir Bürgerlichen und Konservativen, sagen, wir müssen die Demokratie wieder mehr stärken in Deutschland. Wir müssen dafür sorgen, dass das

Europäische Parlament Rechte erhält, die diesen Namen verdienen und nicht nur wie eine kontinentale Schülermitverwaltung werkelt. Aber wir müssen auf der anderen Seite auch dafür sorgen, dass die Rechte der Parlamentarier der Völker Europas, die Unabhängigkeit und innere Freiheit der nationalen Parlamentarier wieder hergestellt werden. Ich bin ein alter CSUler, seit 40 Jahren und ich werde es hoffentlich bleiben bis ich sterbe, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber „Partei“ ist nicht alles und durch den Eintritt in eine Partei gebe ich nicht meine eigene Meinung ab wie einen alten Hut an der Garderobe. Die Unabhängigkeit des Parlamentariers muss man in Deutschland erst wieder herstellen. Wir schimpfen viel und gern über Amerika, aber ich habe großen Respekt vor den amerikanischen Senatoren und den Mitgliedern des Kongresses. Wie selbstbewusst und frei gegenüber ihren eigenen Parteien sie sind. Wenn Sie es mal in den letzten Wochen beobachtet haben, wie die ohne jede falsche Rücksichtnahme bei den Bankenskandalen die einzelnen Akteure vorladen und anhören. Bei uns zieht man den Kopf ein, wenn die Präsidenten von Bundesbank und BaFin auf eine Kurzvisite in den Reichstag einschweben. Anstatt diese Leute ins Kreuzverhör zu nehmen, wie es geschehen konnte, dass sie in den letzten sechs Jahren so taub und so blind gewesen sind – nach allem, was in der deutschen Bankaufsicht nicht getan worden ist.

Wir müssen dem Prinzip der Demokratie wieder Leben geben. Vor 25 Jahren ging das auf dem eurasischen Kontinent los mit zwei russischen Worten: „Perestroika“ und „Glasnost“. Öffnung und Umgestaltung. Nur weil wir den Kalten Krieg gewonnen haben, heißt es nicht, dass wir Öffnung und Umgestaltung nicht auch bräuchten. Nochmals: Wir müssen die Fenster aufmachen, um frische Luft hereinzulassen. Wir müssen den Einzelnen wieder mehr Rechte geben. Man nennt das „Partizipation.“ Das war die Losung, mit der de Gaulle den Muff der Vierten Republik zum Verschwinden gebracht hatte. Wir brauchen eine Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen, die diesen Namen verdient. Das gilt auch für das Thema, das uns aktuell bewegt, die Wahl des Bundespräsidenten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ja gestern so zwischendrin ein bisschen was über Herrn Gauck und Herrn Wulff gehört, alles wunderbar. Und wir ziehen den Hut vor den Kandidaten. Die Wurzel seiner Schwäche, das Unglück des Herrn Köhler, den ich sehr schätze, der ein hoch gescheiter Mann ist, und der jetzt auch eine gewisse Tapferkeit im

Scheitern bewiesen hat, lag doch darin, dass er nicht vom Volk, sondern auf dem Sofa von Herrn Westerwelle zum Staatsoberhaupt bestimmt wurde, abends in dessen Wohnung, in einer Individualabsprache von drei Parteiführern. Anders als in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel in unserem Nachbarland Österreich, wo der Bundespräsident vom Volk gewählt wird. Alle Bundespräsidenten, Weizsäcker, Rau, Herzog, auch Köhler, haben nach ihrer ersten Amtszeit darauf hingewiesen, dass es eigentlich nicht richtig ist, dass ihr Amt die Legitimation nur durch Parteiabsprachen erhielt. Die Deutschen sind reif, ihr Staatsoberhaupt selbst in freien, gleichen und geheimen Wahlen bestimmen zu können. Wir brauchen auch sonst mehr Bürgerbeteiligung, gerade auch in den Parteien selbst. Parteien sind wichtig, Parteien waren im 19. Jahrhundert, als Otto Normalverbraucher anfang, sich politisch zu organisieren, eigentlich die Transmissionsriemen zum Rechtsstaat von unten. Und sie haben Westdeutschland nach der Katastrophe wieder ein haltbares Korsett gegeben. Aber die Parteien sind zwischenzeitlich erstarrt. Nach 50 Jahren muss in der öffentlichen Sache immer etwas neu gemacht werden, sagte Goethe in seinen Gesprächen zu Eckermann. Sonst wird alles unbeweglich und verschildkrötet. Meine Damen und Herren, wir wissen, welche Probleme der amerikanische Präsident derzeit hat. Aber schalten Sie einmal zwei Jahre zurück, was war das für eine spannende Debatte, beinahe wie bei einer Weltmeisterschaft, als parteiintern entschieden wurde zwischen Hillary und dem Präsidentschaftskandidaten Obama. Da waren am Ende in den USA 60 Millionen Menschen beteiligt, obwohl es nur um den Spitzenkandidaten einer Partei ging. Ich fand den Herrn Steinmeier gestern sehr gut, aber seine Kür zum Kanzlerkandidaten der SPD war doch sehr glücklos. Bei seiner Aufstellung am Schwielowsee, da waren keine 60 Millionen Menschen beteiligt, sondern vielleicht sieben. Und wie sich Edmund Stoiber gegen Angela Merkel beim Frühstück in Wolfratshausen als Kanzlerkandidat durchgesetzt hat, da waren es keine sieben, sondern nur zwei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch deshalb lastet auf dem Politischen so ein Desinteresse: Weil die Beteiligung, die Partizipation, das Mitmachenkönnen nicht wirklich möglich ist. Was wäre das für eine interessante und spannende Wahl Wulff-Gauck geworden, wenn man die beiden überall in Deutschland wählen könnte, und war für eine Debatte, bei allem was für und gegen die Kandidaten spricht. Es ist ja nicht so, dass der eine nur gut und der andere nur schlecht ist. Wir brauchen hier mehr Öffnung und mehr Mut zur

Öffnung, gerade auch in unserer innerparteilichen Demokratie. Und als Letztes: Ich glaube, wir müssen auch für unser parlamentarisches Listenwahlsystem etwas überlegen. Peter Gauweiler, was Sie da alles machen!? Gefährden Sie da nicht Ihren Listenplatz? Ich habe überhaupt keinen Listenplatz. Warum nicht? Der Listenplatz, der mir erstmals angeboten wurde, der hatte meiner Eitelkeit widersprochen, der war mir zu schlecht, weil ich keine Lust hatte, hinter meinem früheren Referenten zu kandidieren. Aber als ich meinen Ärger heruntergeschluckt habe, habe ich gemerkt, das Kandidieren ist ohne Liste doch gar nicht so schlecht. Ich habe meinen Stimmkreis im Münchener Süden, ich habe ihn der SPD abgenommen und zwar mit einem sehr guten Ergebnis, habe ihn selber erkämpft, und wenn ich ihn verliere, verliere ich ihn. Aber das gibt mir meine Freiheit. Meine „Vorgesetzten“, das sind nicht irgendwelche Generalsekretäre, so großartig einer ist, sofern er von der CSU kommt. Meine Vorgesetzten sind meine Wähler. Und denen muss ich Rechenschaft geben und sonst überhaupt niemand. Dahinter steckt für mich die Idee des Grundgesetzes. Dafür wurde es geschrieben.

Kennen Sie alle den schönen Satz des Franzosen Talleyrand, ein Berufspolitiker, der überall mit dabei war. Wenn er eine Ansammlung sah, von der er nichts wusste, war er ganz aufgeregt und hat gerufen: „*Wo ist das Volk, ich muss ihm nach, ich bin doch sein Führer.*“ Das ewige Nachlaufen – das ist der falsche Weg. Wir brauchen mehr Offenheit. Ja zum konstruktiven Streit über Alternativen und nicht über Scheinfragen. Wir brauchen eher Befreiung in vielen Bereichen von drückenden staatlichen Lasten, um die Gesamtsolidarität wieder herzustellen. Wenn wir die Aufgabe mit dem neuen Amerika vor unserer Haustür übernehmen, und die wartet auf uns, dann können wir nicht gleichzeitig die Finanzierung von ganz Brüssel und seines Clubs Mediterranee übernehmen. Das heißt nicht, dass wir nicht weiter helfen, im Gegenteil, aber wir müssen unsere Grenzen kennen und wissen und sagen, was wir können und was nicht. Und dann immer wieder Ziele definieren und immer wieder frische Luft in die Veranstaltung im deutschen Haus bringen.

Aufklärung kommt von klar machen. Fühlen wir uns gemeinsam einer solchen Aufklärung verpflichtet. Lasst uns die Dinge klar machen, in einer engagierten Bürgerschaft, mit einem hohen Bildungs- und Ausbildungsniveau, mit einem neuen

Mehr an bürgerlicher Legitimation. Damit wir das 21. Jahrhundert in einer freiheitlichen und nicht in einer verdrucksten Gesellschaft erleben. Und lasst uns Politik machen auch mit dem Wissen, dass in den letzten zwei Jahrzehnten nicht nichts, sondern sehr, sehr viel geleistet wurde in Deutschland, dass diese Jahre nicht umsonst waren. Das werden Sie merken, wenn Sie hier in Berlin mit offenen Augen das Haus verlassen um Unter den Linden zu wandeln. Am besten gemeinsam. Und vom Funkturm aus bis zum Horizont schauen. Und ich bin mir sicher, dass Sie und ich, wir alle, dann sagen können, alle miteinander, und auch Sie, liebe Frau Helbing, und Sie, liebe Frau Glindemann: Diese 20 Jahre, die wir nun zusammen sind, sie waren nicht zu viel.

In diesem Sinne, alles Gute und guten Heimweg.